

19.05.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Schlachthöfe in NRW werden zu Corona-Brennpunkten – Schluss jetzt mit der Ausbeutung der Beschäftigten in der Fleischindustrie!

I. Ausgangslage

Die Fleischindustrie in Nordrhein-Westfalen und im gesamten Bundesgebiet wird derzeit von einem ungeheuerlichen Skandal in Zeiten der Corona-Pandemie erschüttert. In den letzten Tagen und Wochen kamen in Nordrhein-Westfalen in verschiedenen Regionen, etwa im Kreis Coesfeld, dramatische Berichte über massive Neuinfektionen mit dem Corona-Virus unter Beschäftigten der Fleischindustrie zu Tage. Seit Jahren steht die Schlachtbranche wegen miserabler Arbeitsbedingungen in der Kritik. Die aktuellen Ereignisse in der Fleischindustrie übersteigen jedoch in der Dimension und der Tragweite alles bisher Bekannte. Die Praxis zeigt, dass die vielen Beschäftigten im fleischverarbeitenden Gewerbe – überwiegend aus osteuropäischen Staaten stammend und über Subunternehmer mit prekären Leiharbeitsverträgen ausgestattet – oftmals in schäbigen Unterkünften, unter menschenunwürdigen Verhältnissen und auf engstem Raum zusammengepfercht leben müssen. Die Großbetriebe der Fleischindustrie sind dabei eifrig bemüht, ihre Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu negieren und verweisen stattdessen auf ihre Subunternehmer, um sich von ihrer Schuldigkeit zu befreien. Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass sich Hunderte von Menschen, bedingt durch diese verwerflichen Arbeitsbedingungen, mit dem Covid-19 Virus infiziert haben. Es ist daher zu befürchten, dass sich der Kreis Coesfeld und weitere Regionen zu neuen Corona-Hotspots in NRW entwickeln könnten. In der Konsequenz bedeutet die Zunahme von Neuinfektionen in NRW auch, dass das Risiko höherer Infektionsraten auch für die Heimatländer der in NRW beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter steigen kann. Die Problematik hat daher im Ergebnis und im Lichte der Wirklichkeit der Ereignisse in NRW schon längst eine europäische und internationale Dimension erhalten. Es ist daher unabdingbar dafür Sorge zu tragen, dass für die Beschäftigten alles menschenerdenkliche getan wird, um ihre Gesundheit zu schützen und ihre Arbeitsbedingungen, ihren Anspruch auf Arbeits- und Gesundheitsschutz nach Recht und Gesetz durchzusetzen. Bereits der Abschlussbericht der Überwachungsaktion „Faire Arbeit in der Fleischindustrie“ des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (Information 17/218) skizziert die unerträglichen arbeitsrechtlichen Zustände im fleischverarbeitenden Gewerbe, unabhängig von Corona. Die SPD-Landtagsfraktion hat die Ausbeutung der Beschäftigten und die miserablen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie daher frühzeitig auf ihre politische Agenda gesetzt. Mit dem Antrag „Den gerechten Lohn der Vielen besser schützen: Mindestlohnbetrügern endlich das Handwerk legen - Mindestlohn muss wirksam umgesetzt und kontrolliert werden!“ (Drucksache 17/8779) hat die SPD-Landtagsfraktion bereits im März-Plenum auf die schlimmen Zustände in der Fleischindustrie hingewiesen, ebenso auf die Unterschreitung des Mindestlohns und viele weitere

Datum des Originals: 19.05.2020/Ausgegeben: 19.05.2020

arbeitsrechtliche Verstöße. Mit dem Antrag wurden auch konstruktive Vorschläge vorgelegt, mit denen man kriminelles und illegales Gehabe eindämmen kann. Im Lichte der Corona-Pandemie wird deutlich, dass es jetzt und unabdingbares Ziel sein muss, die rechtlichen und politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, um die Probleme im Bereich der Fleischindustrie und weiterer verdächtiger Branchen, wie beispielweise bei den Saisonarbeitern, in den Griff zu bekommen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Beschäftigten in der Fleischindustrie leiden seit Jahren unter schlechten Arbeitsbedingungen, schlechter Entlohnung und unter menschenunwürdigen Bedingungen bei ihrer Beherbergung im Kontext ihrer Beschäftigungsverhältnisse.
- Die Corona Pandemie wirkt hierbei wie ein „Brennglas“ und offenbart in schonungsloser Manier die Schwächen des Systems. Die steigenden Infektionszahlen unter den Beschäftigten der Fleischindustrie befeuern die zwingende Notwendigkeit der Einleitung von Maßnahmen zur Eindämmung prekärer Beschäftigung und menschenunwürdiger Beherbergung der Beschäftigten.
- Deswegen muss alles getan werden um zu verhindern, dass Schlachthöfe in NRW weiter zu Corona-Brennpunkten werden. Zum Wohle der vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im fleischverarbeitenden Gewerbe muss jetzt Schluss sein mit Ausbeutung, Trickereien und Gaunereien der Fleischindustrie!

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Regelungen im Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft (GSA Fleisch) so angepasst werden, dass Arbeitsmarktkriminalität schneller und effektiver aufgedeckt werden kann. Dazu gehört auch, dass die Nachunternehmerhaftung so angepasst wird, dass auch u.a. die Arbeitszeiterfassung der Beschäftigten manipulationssicher, lückenlos und transparent erfasst werden kann. Dazu gehört ebenfalls, dass die Hygienevorschriften und Vorschriften über die Beherbergung der Beschäftigten gesetzlich geregelt werden,
2. sich dafür einzusetzen, dass per Gesetz es den Betreibern von Schlachthöfen künftig obliegt, für die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorschriften bei Subunternehmern verantwortlich zu sein und klarzustellen, dass ihnen die Haftung für Verstöße unter der Maßgabe eines deutlich zu erhöhenden Bußgeldrahmens zukommen wird,
3. sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kontrollen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) einzusetzen und gemeinsam mit dem Bund und den Ländern eine Strategie für mehr Personal und effizientere Kontrollen zu entwickeln,
4. flankierend zur Bewältigung der aktuell steigenden Zahl von Neuinfektionen unter den Beschäftigten der Fleischindustrie gemeinsam mit den Bürgermeistern und Landräten der betroffenen Kommunen ein Konzept entwickeln, wie die Beherbergung der Beschäftigten der Fleischindustrie so ausgestaltet werden kann, dass Hygienemaßnahmen, Arbeitsschutz und ein menschenwürdiges Leben landesweit einheitlich gesichert und weitere Infektionen mit Covid-19 vermieden werden können,
5. parallel dazu eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, deren primäres Ziel es ist, die Zustände der Beherbergung von Beschäftigten in der Fleischindustrie und deren ursächliche Auswirkungen auf die steigende Zahl von Neuinfektionen zu untersuchen, um daraus konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik abzuleiten,
6. die Landesmittel für die Arbeitsschutzverwaltung in Nordrhein-Westfalen weiter aufzustocken, um den Arbeitsschutz zu stärken,

7. in einen regelmäßigen Austausch mit branchenrelevanten, auffälligen Unternehmen unter Einbeziehung der Gewerkschaften zu treten, um im gemeinsamen Dialog für eine bessere Gestaltung der Arbeitsbedingungen einzutreten.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Josef Neumann

und Fraktion